

Tabak-Arbeiter

Nr. 47 / Bremen, den 22. November 1930

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 M ohne Bringelohn. - Anzeigenpreis 50 M für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abend. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hülsmann. - Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmaltefeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition. Bremen, An der Weide 20, Telefon: Am Domsheide 20780. Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Postfach 6346 beim Postfachamt: Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hülsmann, Bremen. Verbandsauschussvorsitzender: E. Schöne, Hamburg. Vetenbindehof 57, Zimmer Nr. 24

Wir klagen an!

Und zwar den Herrn Reichsminister der Finanzen Dr. Dietrich wegen Inkonsequenz. Noch am 4. September d. J. hat er nach Pressemeldungen in einer Mannheimer Wählerversammlung über die Tabakbelastung folgende Ausführungen gemacht:

Wenn angenommen wird, daß aus dem Tabak vielleicht noch mehrere hundert Millionen herauszuholen wären, müßte man bei solchen Ueberlegungen unbedingt daran denken, daß, je mehr eine Sache mit Steuern belastet wird, um so mehr der Konsum zurückgeht, und daß der Fiskus wahrscheinlich, ebenso wie beim Branntwein, weniger statt mehr Einnahmen zu verzeichnen habe.

Von einem Manne, der eine derartige Anschauung vertritt, sollte man annehmen, daß er sich entschieden gegen jeden Versuch wenden würde, den Tabak und die Tabakerzeugnisse noch mehr zu belasten. Was aber haben wir erlebt? In dem ungefähr einen Monat später veröffentlichten Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung, das von Herrn Dr. Dietrich als Reichsminister der Finanzen sehr stark beeinflusst worden ist, war folgender Satz zu lesen:

Durch stärkere Belastung des Tabaks, unter Schonung der deutschen Erzeugung, soll ein Mehrbetrag an Zöllen und Steuern von 167 Millionen Mark gewonnen werden.

Wohl selten haben Worte und Taten eines Reichsfinanzministers so miteinander im Widerspruch gestanden, wie in diesem Falle. Und dann die Vorlage selbst! Ihre Verwirklichung soll nicht nur 167 Millionen Mark mehr bringen, sondern daneben auch den deutschen Tabakbau schützen. Aus diesem Grunde hat man sich im Reichsfinanzministerium ernstlich mit dem Gedanken beschäftigt, den Tabakzoll von 80 auf 400 Mark für den Doppelzentner zu erhöhen, also zu verfünffachen und daneben die Bänderolenteuer für Zigaretten von 33 auf 38 v. H. des Kleinverkaufspreises herauf- und die Materialsteuer für Zigarettentabak von 500 auf 200 Mark für den Doppelzentner herabzusetzen. Wenn diese Ungeheuerlichkeit sich nicht zu einem Regierungsantrag verdichtet hat, so ist das wohl nicht zuletzt auf die einmütige Zurückweisung des gesamten Tabakgewerbes zurückzuführen.

Aber auch was dann kam, übertraf noch die schlimmsten Befürchtungen. Neben einer Erhöhung der Bänderolenteuersätze für Zigarren von 20 auf 25 und für Zigaretten von 33 auf 38 v. H. des Kleinverkaufspreises sieht die Regierungsvorlage bei einer Herabsetzung der Materialsteuer für den Doppelzentner Zigarettentabak von 500 auf 350 Mark und der Bänderolenteuer für Feinschnitt von 60 auf 35 und für Grobschnitt von 33 auf 25 v. H. des Kleinverkaufspreises eine Erhöhung des Tabakzolles von 80 auf 250 Mark für den Doppelzentner vor. In Versammlungen, Eingaben und Entschuldigungen usw. ist schon so oft auf die unsoziale Wirkung der beantragten Zollerhöhung, die gerade die Tabakerzeugnisse in den unteren Preislagen verhältnismäßig am meisten belastet, hingewiesen worden, daß wir an dieser Stelle wohl auf Wiederholungen verzichten können. Nicht verzichten können wir aber auf die Wiedergabe einiger Sätze aus der Begründung der Tabaksteuer-Vorlage vom Jahre 1919. Darin heißt es über den Tabakzoll:

Die Rohstoffbesteuerung hat aber noch den weiteren Nachteil, daß sie bereits beim Beginn der Herstellung der Ware einsetzt. Sie verlangt dadurch von den zur Berauslagung der Steuer verpflichteten Hersteller einen erhöhten Aufwand für Zinsen, der in Verbindung mit den sonstigen notwendigen üblichen Aufschlägen des Verarbeiters und Handels die Ware dem Verbraucher ohne Nutzen für das Steueraufkommen versteuert. Sie muß daher auch zu einer entsprechend höheren Belastung des Verbrauchers führen, als sie notwendig wäre, wenn die Steuer von

schließlichem Erzeugnis erhoben würde. Nachteile solcher Art werden um so stärker hervortreten, je höher der Betrag der Abgabe sein soll.

Eine vernichtendere Kritik der jetzt vorliegenden Tabaksteuer-Vorlage und ihrer Begründung läßt sich kaum denken. Mit einfachen und klaren Worten werden hier die Nachteile einer Zollerhöhung dargelegt. Und wie urteilen die Tabakpflanzer über den ihnen zugeordneten Zollschutz? In der „Süddeutschen Tabakzeitung“ vom 13. November wurde ein Artikel veröffentlicht, worin der Geschäftsführer des Deutschen Tabakbauverbandes, Herr Weisner in Karlsruhe folgende Ausführungen macht:

Die Pflanzerschaft fordert die bereits schon im April d. J. an amtlicher Stelle vorgetragene Erhöhung des Schutzzolles von 80 Mark auf 130 Mark je Doppelzentner.

Später führt Herr Weisner dann aus:

Es ist doch klar, daß sich die Tabakpflanzerschaft durch allzu große Zoll- und Steuererhöhung nicht ausgerechnet diejenigen Gruppen im deutschen Tabakgewerbe zerschlagen läßt, die alljährlich den Inlandtabak aufnehmen! Die beabsichtigte Kontingentierung der Tabakanbaufläche auf 10 000 Hektar im Deutschen Reich hat auch nur dann Daseinsberechtigung, wenn für die Erzeugung auf dieser Fläche Abzählmöglichkeiten zu geordneten Preisen gegeben sind. Wenn aber durch zu starke Zollerhöhung und vor allen Dingen durch ungerechte Verteilung der notwendigen Steuererhöhung für Hauptabnehmer, Rauchtobak und Zigarre, in ihren Grundlagen erschüttert werden, dann nützt keine Kontingentierung, dann nützt kein noch so hoher Schutz Zoll den deutschen Tabakbau vor den Absatzschwierigkeiten. Der deutsche Tabakbau muß in ureigenstem Interesse eine vernunftgemäße Zollerhöhung verlangen.

Daß Herr Weisner sich daneben für die Beibehaltung des steuerbegünstigten Feinschnitts und der Liebesgabe in Höhe von 80 Mark für den Doppelzentner inländischen Tabak, soweit er zur Zigarrenherstellung Verwendung findet, ausspricht, kann bei seiner Einstellung nicht weiter überraschen. Entscheidend ist jedoch, daß selbst die Pflanzerschaft sich mit einer Erhöhung des Schutzzolles von 80 auf 130 Mark für den Doppelzentner Tabak zufrieden gibt und in ihrem eigenen Interesse eine darüber hinausgehende Zollerhöhung ablehnt. Die Reichsregierung aber fordert 250 Mark für den Doppelzentner.

Unter diesen Umständen ist es erklärlich, daß auch einige Länderregierungen gegen die Vorlage der Reichsregierung starke Bedenken tragen und nun, von der Protestbewegung des Tabakgewerbes beeinflusst, im Reichsrat Anträge eingebracht haben, die wenigstens in etwas die Pläne der Reichsregierung zu mildern befreit sind. So ist u. a. von Bremen ein Antrag eingebracht worden, der eine Erhöhung des Tabakzolles von 80 auf 160 Mark für den Doppelzentner vorsieht und daneben eine Erhöhung der Bänderolenteuersätze für Zigaretten von 33 auf 40 und für Zigarren von 20 auf 22 v. H. des Kleinverkaufspreises verlangt. Auch Preußen hat einen Abänderungsantrag eingebracht, der den Zoll von 80 auf 180 Mark für den Doppelzentner erhöhen will und daneben eine Erhöhung der Bänderolenteuersätze für Zigarren von 20 auf 23, für Zigaretten von 33 auf 39 und für Pfeifentabak von 33 auf 35 v. H. des Kleinverkaufspreises vorsieht. Mit allen diesen Anträgen, die mit ihren Zollsätzen noch über die Forderungen der Pflanzerschaft hinausgehen, haben sich die vereinigten Ausschüsse des Reichsrates am 17. November in zweiter Lesung beschäftigt. Es ist aber noch eine dritte Lesung vorgesehen, damit der Reichsrat die Tabaksteuer-Vorlage am 20. November endgültig verabschieden kann. Dann hat der Reichstag das Wort, der am 3. Dezember zusammentritt

Zu den Beschlüssen des Reichsrates werden wir in der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“ Stellung nehmen.

Protestkundgebungen

Nordostdeutschland (Elbing)

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Elbing hatte für den 11. November alle Tabakarbeiter Elbings nach dem Volkshaus zu einer öffentlichen Protestversammlung gegen die Tabaksteuervorlage eingeladen. Ueber 2000 Kolleginnen und Kollegen leisteten dem Rufe Folge und nahmen mit Entrüstung Kenntnis von den Auswirkungen der drohenden Tabakmehrbelastung für die Zigarrenindustrie und ihre Arbeiterschaft. Nach einem Referat des Kollegen Tschupp an über die bisherige Tabaksteuerpolitik und die Auswirkungen der neuen Vorlage, insbesondere deren katastrophale Folgen für die deutsche Wirtschaft des Ostens und den Arbeitsmarkt im allgemeinen, wurde nach Bekanntheit der bereits unternommenen Abwehrmaßnahmen nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

Die am 11. November 1930 in Elbing tagende öffentliche Protestversammlung der in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen lehnt mit aller Entschiedenheit jede Erhöhung des Roh-tabakzolls und der Banderolensteuer ab. Die Verwirklichung der Tabaksteuervorlage der Reichsregierung bedeutet nicht nur eine völlige Lahmlegung der gesamten Tabakindustrie, sondern Vernichtung der Zigarrenindustrie und Brotlosmachung aller in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Eine Unterbringung der arbeitslos werdenden Arbeiter und Arbeiterinnen in anderen Berufen und Industrien ist infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise nicht möglich. Zehntausende von Tabakarbeitern stehen somit vor der Vernichtung ihrer Existenz. Die Versammlung eruchtet deshalb die Reichsregierung, die sofortige Zurücknahme der Tabaksteuervorlage zu veranlassen. Von allen gesetzgebenden Körperschaften fordert die Versammlung einstimmig volle Ablehnung der im Widerspruch zu dem allgemeinen Verlangen nach Preisabbau und Arbeitsbeschaffung stehenden Vorlage der Reichsregierung. Die Durchführung der Tabaksteuerpläne der Reichsregierung zieht im Osten Deutschlands nicht nur die Vernichtung der Zigarrenindustrie, sondern auch den finanziellen Zusammenbruch der Städte mit starker Tabakindustrie nach sich. Die Versammlung fordert vollen Ersatz der Verdienst Kürzung aus Reichsmitteln, wenn durch eine neue Tabakmehrbelastung Arbeiterinnen und Arbeiter arbeitslos werden oder verkürzt arbeiten müssen.

In der Aussprache über das Referat und die zur Annahme empfohlene Entschließung sprachen einige Kolleginnen im Sinne des Referenten und empfahlen Annahme der Entschließung.

Süddeutschland (München)

Daß sich die Münchener und Gautinger Tabakarbeiter der ernststen Folgen des von der Reichsregierung beim Reichsrat eingebrachten Tabakzoll- und Steuererhöhungsvorschlages bewußt sind, haben die außerordentlich gut besuchten Protestversammlungen bewiesen, zu denen der Deutsche Tabakarbeiter-Verband, Ortsverwaltung München, am 13. und 14. November aufgerufen hatte. In beiden Versammlungen referierte der Kollege P e c h l e r. Der Kampfruf der Münchener und Gautinger Tabakarbeiter gipfelte in nachstehender einstimmig angenommener Entschließung:

Die Tabakarbeiterinnen und Tabakarbeiter der Zigaretten-, Zigarren- und Rauchtobakindustrie von München und Gauting erheben entschieden Protest gegen die seitens der Reichsregierung beantragten enormen Erhöhungen des Tabakzoll und der Tabaksteuern.

Dieses Vorhaben steht in krassem Widerspruch zu dem allgemeinen Verlangen auf Senkung der Preise. Darüber hinaus aber würde sich die Verwirklichung dieser Absicht für die 170 000 Arbeiterinnen und Arbeiter des Tabakgewerbes Deutschlands ganz katastrophal auswirken. Tausende und aber Tausende würden durchgängliche oder teilweise Betriebsstillegungen um ihren an und für sich lärglichen Erwerb beraubt, und so das ungeheure Heer der Erwerbslosen noch vergrößert. Ebenso viele wären zu lang anhaltender Kurzarbeit verurteilt.

Diese ungeheuerliche Regierungsvorlage darf daher nicht Gesetzeskraft erlangen. Die rund 2000 Tabakarbeiter der Orte München und Gauting fordern ganz entschieden, daß die erforderlichen Mittel zum Ausgleich des Reichshaushaltes aus den bestehenden Kreisen der Wirtschaft geholt werden.

Sollten jedoch diese gebieterischen Forderungen bei den gesetzgebenden Körperschaften taube Ohren finden, so fordern die Tabakarbeiter für die Opfer eines solchen Attentates auf die Dauer der Verdienstentschädigung eine Unterstützung in Höhe von mindestens drei Viertel des dadurch entstandenen Verdienstaufalles. Ausreichende Mittel hierzu sind aus der Reichskasse bereitzustellen.

Die Münchener und Gautinger Tabakarbeiter ermächtigen die Leitung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, alle nach Lage der Verhältnisse erforderlichen Schritte zu unternehmen, um das drohende Unheil abzuwehren.

Westfalen und Lippe

Zu einer gewaltigen Protestkundgebung wurde am Nachmittag des 9. November der Aufmarsch der 9000 in der westfälischen Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten und der Zigarrenfabrikanten im Stadtgarten zu Bünde. Aus allen Orten des großen Bezirks waren sie zusammengekommen. Schon um 14 Uhr war der große Saal des Stadtgartens überfüllt, Tausende mußten deshalb im Garten Aufstellung nehmen, wohin die Ansprachen durch Lautsprecher übertragen wurden. Als erster Redner sprach Syndikus Dr. Hoffmann (Minden) als Vertreter der Zigarrenfabrikanten. Ihm folgte der Gauleiter unseres Verbandes, Kollege B o r c h a r d t. Außerdem sprachen Vertreter der Werkmeister, der Angestellten, der Behörden des Handwerks und des Gewerbes. Die Kundgebung endete mit der einstimmigen Annahme der nachstehenden, an den Reichsrat gerichteten Entschließung:

Die im Stadtgarten zu Bünde (Westfalen) versammelten 9000 Einwohner des westfälisch-lippischen Zigarrenbezirks legen schärfsten Protest ein gegen die von der Reichsregierung geplante phantastische Erhöhung des Tabakzolls und der Zigarrenbänderole. Etwa 40 000 Menschen sind in Mindener-Naheberg-Lippe in der Zigarrenherstellung und den Hilfsgewerben beschäftigt, ungerchnet die Familienangehörigen und die sonstigen auf das Ergehen der Zigarrenindustrie unmittelbar und mittelbar angewiesene Bevölkerung. Der Regierungsplan würde die enorme noch nie dagewesene Erhöhung der Zigarrenpreise bis zu 50 Prozent notwendig machen. Der insolgebehen bei sinkender Kaufkraft unvermeidbare Konsumrückgang würde vorübergehend völlige Produktions einstellen nach sich ziehen und den größeren Teil der beschäftigten 40 000 Menschen sogar dauernd brotlos machen, zumal andere Industrien weder vorhanden sind noch herangezogen werden können, auch die Betriebsstätten der Zigarrenherstellung für andere Industrien sich nicht eignen. Ueber 100 ländliche Gemeinden, sowie die Städte Bünde, Blotho, Lübbecke, Enger usw., die Standorte der Zigarrenindustrie sind, würden finanziell zusammenbrechen, denn auch die sonstigen Gewerbetreibenden, Landwirte, Hausbesitzer usw. würden in ihren Einnahmequellen und ihrer Steuerkraft schwer geschädigt und steuerlich noch mehr überbürdet werden. Die Zigarrenherstellung ist überwiegend ein Mittelstandsgewerbe. Sie gibt zahlreichen gleichfalls mittelständlerischen Hilfsgewerben, Handwerkern usw. Beschäftigung. Der Regierungsplan würde daher Tausende von Mittelstandsexistenzen gefährden oder gar vernichten. Berücksichtigt man außerdem und vor allem die angedeutete Verringerung der Arbeitsmöglichkeit in ihrer für die Arbeitnehmerschaft und für die Allgemeinheit verhängnisvollen Auswirkung, sowie die einschneidende Schädigung der gemeindlichen Belange, so muß man den Regierungsplan als wirtschaftlich, sozial und auch politisch gänzlich unverständlich bezeichnen. Der westfälisch-lippische Zigarrenbezirk ist wegen der eigenartigen Siedlungsverhältnisse und der dadurch bedingten dezentralisierten Produktionsorganisation besonders stark bedroht und bittet den Reichsrat dringend um Ablehnung jeder neuen Belastung.

Nordwestdeutschland (Bremen)

In einer Versammlung der in der Bremer Tabakindustrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter, an der auch viele Angestellte teilnahmen, sprach am 11. November der Kollege D a h m s in beifällig aufgenommenen Ausführungen gegen die geplante Mehrbelastung des Tabaks durch Zölle und Steuern. Nach der Aussprache, in der zwei Angestelltenvertreter das Wort nahmen, wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

Die am 11. November 1930 in Sielers Festsälen versammelten Arbeiterinnen und Arbeiter der Bremer Tabakindustrie erheben schärfsten Protest gegen die völlig einseitig geplante Mehrbelastung des Tabaks und der Tabakerzeugnisse durch Zölle und Steuern. Zu dem allgemeinen Verlangen nach Preisentung und Arbeitsbeschaffung steht die von der Reichsregierung beantragte Erhöhung des Tabakzoll und der Tabaksteuer in direktem Widerspruch. Diese Tabakzoll- und Tabaksteuererhöhung muß sich für das gesamte Tabakgewerbe, insbesondere für die Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie, geradezu katastrophal auswirken. Wenn die Regierungsvorlage Gesetzeskraft erlangen sollte, wird es für Tausende von Tabakarbeiterinnen und Tabakarbeitern gänzliche Ausschaltung aus dem Produktionsprozeß bedeuten, während der verbleibende Teil der Tabakarbeiterschaft zu langanhaltender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit verurteilt wird. Dies trifft ganz besonders auch für Bremen mit seiner ausgedehnten Tabakindustrie zu. Die Arbeitnehmer in der Bremer Tabakindustrie erwarten daher von den gesetzgebenden Körperschaften, daß sie die Regierungsvorlage ablehnen, um somit die gesamte Tabakarbeiterschaft vor Not und Elend zu bewahren.

Sachsen (Schöneck)

Am 13. November fanden in Schöneck zwei Protestversammlungen statt, die gemeinsam von unserem Verbands, vom Werkmeister-Verband und vom R. d. Z. einberufen worden waren. Im „Deutschen Haus“ referierten unser Kollege Schreyer und der Zigarrenfabrikant B a u m a n n, im „Ratskeller“ unser Kollege F i c k e r und der Zigarrenfabrikant S c h w a b e über den Kampf gegen die Tabaksteuer. In beiden Versammlungen wurde nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen:

Zwölfhundert Angehörige der Zigarrenbranche und viele von ihr abhängige Berufstätige, die wegen Ueberfüllung eines Saales in zwei parallel nebeneinander abgehaltenen Protestversammlungen im „Deutschen Haus“ und im „Ratskeller“ anwesend sind, senden wegen der beabsichtigten Erhöhung von Tabakzoll und Tabaksteuer verzweifelte Notschrei. Durch die geplante Neubelastung der Zigarre werden in Schöneck mit 4500 Einwohner weitere mehr als tausend Tabakarbeiter und Angestellte mindestens auf Monate hinaus erwerbslos, während es einem großen Teil davon dauernd zur Unmöglichkeit gemacht wird, jemals wieder Beschäftigung zu bekommen. Zahlreiche selbständige Existenzen werden vernichtet und die Stadt selbst in größte Schwierigkeiten gebracht. Jede Mehrbelastung der Zigarre wirkt unsozial und verheerend, bringt, wie der Herr Reichsfinanzminister am 4. September in Wannheim selbst ausgeführt hat, statt erhoffter Mehreinnahmen nur größere Arbeitslosigkeit mit neuer Ueberlastung der öffentlichen Kassen und treibt zahllose arbeitsfreudige Menschen zur Verzweiflung und ins Unglück

Mitteldeutschland (Eichsfeld)

Annähernd 3000 Personen waren am 13. November in Heiligenstadt versammelt, um ihre Meinung zur Tabaksteuervorlage der Reichsregierung kundzutun. Als erster Redner nahm der Zigarrenfabrikant S i n n e B e r n h a r d t (Heiligenstadt) das Wort. Ihm folgten der Bezirksleiter des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands S c h u c h a r d t (Heiligenstadt) und der Gauleiter unseres Verbandes, Kollege H e r m a n n S c h m i d t (Nordhausen). Nachdem dann noch Vertreter von anderen Organisationen und Behörden gesprochen hatten, fand nachstehende Entschliebung einstimmige Annahme:

Tausende aus Stadt und Land, Behördenvertreter, Gewerbetreibende, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in Heiligenstadt versammelt und erheben laut ihre Stimme gegen die geplante unglaubliche, neue Tabakbelastung. Das ganze Eichsfeld ist in Gefahr, in seinen meisten Gemeinden sind auswärtige Filialbetriebe, die mit Sicherheit zuerst zum Erliegen kommen, andere Arbeitsmöglichkeiten sind in den kleinen Orten nicht zu schaffen. Unsägliche dauernde Not wird in tausende arbeitsame Familien einziehen. Das steht in keinem Verhältnis zum möglichen Ertrage! Warum immer das schon so schwer ringende Tabakgewerbe! Wir bitten dringend, prüfen Sie sachlich und ohne Vorurteil, dann werden Sie diese neue hohe Belastung, die besonders die Zigarre und den Rauchtabak so schwer trifft, nicht verantworten können.

Frankenheim/Rhön

Am 13. und 15. November fanden hier Tabakarbeiterversammlungen statt, in welchen der Kollege S c h m i d t (Wrotterode) referierte. Nachstehende Entschliebung fand einstimmige Annahme:

Die Belegschaft der Firma Biermann und Schörling in Bremen erhebt hiermit Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Tabaksteuererhöhung. In der Gemeinde Frankenheim ist die Zigarrenfabrik die einzige Verdienstmöglichkeit. Es werden zurzeit 122 Arbeiter (innen) und zwei Angestellte beschäftigt, die nur als Haupternährer der Familien anzusehen sind. Deshalb muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß die geplante Steuererhöhung nicht verwirklicht wird, weil sonst eine gewaltige Schädigung der gesamten Tabakarbeiter durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit die Folge sein wird. Durch Schließung des Betriebes wird die öffentliche Fürsorge in Anspruch genommen werden müssen.

Im zweiten Teil wurde der Verhandlungskommission von der letzten Verhandlung Anerkennung ausgesprochen. 36 Neuaufnahmen sind gemacht worden.

Kaltensundheim

In der am 14. November stattgefundenen Tabakarbeiterversammlung, in der Kollege S c h m i d t (Wrotterode) über die letzte Lohnverhandlung im Zusammenhang mit dem Ablauf des Tarifvertrages im kommenden Frühjahr und über die neue Tabaksteuervorlage sprach, wurde auch zum Ausdruck gebracht, daß vom Hauptvorstand alle Mittel und Wege gesucht werden müßten, um die Tabaksteuervorlage nicht zur Durchführung kommen zu lassen, oder aber die Tabakarbeiter vor dem Schlimmsten zu schützen. Bei Ablauf des Tarifvertrages soll der Hauptvorstand nichts unversucht lassen, um auch die Löhne in Kaltensundheim, die weit unter dem Durchschnitt liegen, mit aufbessern zu können.

Die Lage des Arbeitsmarktes beinahe unverändert

Die hier und da gehegte Hoffnung, im Oktober würde sich die Beschäftigungsmöglichkeit in der Tabakindustrie — wenn auch nur wenig — bessern, ist nicht in Erfüllung gegangen. Sie hat sich vielmehr, wie der nachstehende Vergleich zeigt, fast gar nicht geändert. Von je 100 Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, die statistisch erfaßt wurden, waren

	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Vollarbeiter	Ueberarbeiter
im September	17,35	27,52	51,67	3,46
Oktober	17,32	29,89	49,12	3,67
	- 0,03	+ 2,37	- 2,55	+ 0,21

Während also der Bombhundertfuß der Arbeitslosen und Ueberarbeiter beinahe gleichgeblieben ist, hat die Kurzarbeit um annähernd den gleichen Bombhundertfuß zugenommen, wie die Vollarbeit abgenommen hat.

Erfaßt wurden von der statistischen Erhebung im Monat Oktober insgesamt 68 494 (15 141 männliche und 53 353 weibliche) Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, von denen 11 861 (2393 männliche und 9468 weibliche) völlig arbeitslos waren und 20 475 (3449 männliche und 17 026 weibliche) verkürzt arbeiten mußten. Im einzelnen war die Wochenarbeitszeit von 48 Stunden verkürzt um

bei	1—8	9—16	17—24	25 u. mehr Stunden
Männlichen	1639	1044	708	58
Weiblichen	8312	4082	4393	239
Insgesamt	9951	5126	5101	297

Ihre 48stündige Wochenarbeitszeit ausnutzen konnten 33 645 (8548 männliche und 25 097 weibliche) Verbandsmitglieder, während 2513 (751 männliche und 1762 weibliche) Ueberstunden machten. Ueberschritten wurde die 48stündige Wochenarbeitszeit

bei	um 1—3	4—6	7 u. mehr Stunden
bei Männlichen	315	254	182
„ Weiblichen	759	609	394
Insgesamt	1074	863	576

Die Frage, wie sich nun die Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie gestaltet hat, findet ihre Antwort in den nachfolgenden Zusammenstellungen. Von den statistisch erfaßten Verbandsmitgliedern waren

in der	Arbeitslose	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.	Zusammen
Zigarrenbranche	6 963	12 750	25 559	2323	47 595
Zigarettenbranche	4 474	6 471	5 336	14	16 295
Rautabakbranche	55	1 082	973	—	2 110
Rauch- u. Schnupf- tabakbranche	369	172	1 777	176	2 494
Insgesamt	11 861	20 475	33 645	2513	68 494

Bei einem Vergleich mit dem Vormonat ergibt sich folgendes Bild. Von je 100 statistisch erfaßten Verbandsmitgliedern waren in der

in der	Zigarren- branche	Zigaretten- branche	Rautabak- branche	Rauch- u. Schnupf- tabakbranche
Arbeitslose	Sept. 15,25	25,04	3,42	18,62
„	Dkt. 14,63	27,46	2,61	14,79
	- 0,62	+ 2,42	- 0,81	- 3,83
Kurzarbeit.	Sept. 26,21	28,34	65,23	13,91
„	Dkt. 26,79	39,71	51,28	6,90
	+ 0,58	+ 11,37	- 13,95	- 7,01
Vollarbeit.	Sept. 53,97	46,55	31,35	59,82
„	Dkt. 53,70	32,75	46,11	71,25
	- 0,27	- 13,80	+ 14,76	+ 11,43
Ueberarb.	Sept. 4,57	0,07	—	7,65
„	Dkt. 4,88	0,08	—	7,06
	+ 0,31	+ 0,01	—	- 0,59

Fast keine Veränderung weist demnach die Zigarrenbranche auf, während in der Zigarettenbranche eine merkbare Verschlechterung zu verzeichnen ist. Dagegen kann in der Rauch-, Rauch- und Schnupftabakbranche eine Besserung der Lage des Arbeitsmarktes festgestellt werden, die in der Rauchtobakbranche ganz offensichtlich auf Vorversorgung zurückzuführen ist und später mit einer entsprechend größeren Arbeitslosigkeit gebüßt werden muß.

Helft einen Angriff abwehren!

In seinem Kampfe um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen errang der Zentralverband der Angestellten im Vorjahre mit der Annahme eines Sondergesetzes über den früheren Lohndeserz am 24. Dezember (Weihnachtsheilgabend) im Reichstag einen Erfolg. Dank seiner jahrelangen Bemühungen gelang es, die Voraussetzungen für die Annahme dieses Gesetzes zu schaffen. Gemessen an den brennenden Fragen des Kampfes gegen den Lohnabbau, die Arbeitslosigkeit und um die Verkürzung der Arbeitszeit, erscheint eine Stunde verkürzte Arbeitszeit als ein geringes Objekt. So besteht die Gefahr, daß eine Tatsache übersehen wird, die von weittragender Bedeutung werden kann. Die Wirtschaftspartei, als der heftigste und unveröhnlichste Gegner gesunder Sozialpolitik für die Arbeitnehmer, hat im Reichstage einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung des Sondergesetzes fordert. Und das bedeutet für alle Arbeitnehmer ein neues Alarmsignal. Es ist den Kräutern weniger darum zu tun, eine oder zwei Stunden Arbeitszeit und Arbeitskraft zu gewinnen, sondern sie wollen eine Machtprobe anstellen, die ihren Ausbeuterstandpunkt bestätigt.

Gegen wen richtet sich diese Machtprobe? Die Anhänger der Wirtschaftspartei sind in der Regel Mittelständler, Händler und Handwerker, die ihren kleinen mit unzulänglichen Arbeitsmitteln ausgerüsteten Betrieb mühselig gegen den Druck der mittleren und Großbetriebe durchzuhalten bemüht sind. In der Wahl der Arbeitskräfte gehen sie von der Billigkeit aus, und wir finden bei ihnen die große Masse der schlecht bezahlten jugendlichen Angestellten und Arbeiter. Die Lehrlingszucht treibt auf diesem Boden besondere Blüten. Infolge einer lediglich in der Ueberlieferung begründeten Vorstellung finden wir in diesen Betrieben trotz des modernen Kapitalismus noch Ueberreste alten Standesbewußtseins, das namentlich unter den Angestellten durch das Wirken des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in einen gefährlichen Standesdünkel verjährt worden ist.

Bedauerlich an dieser Tatsache ist, daß es viele Eltern gibt, die dem trügerischen Glanz einer längst vergangenen Zeit immer noch nachhängen und des Glaubens sind, daß ihre Kinder zu etwas Besserem werden, wenn sie sie dieser Ueberlieferung überlassen. So steht fest, daß immer noch Kinder freigewerkschaftlich organisierter Eltern dem DSV, der inzwischen sehr stark in das nationalsozialistische Fahrwasser geraten ist, und dem Gewerkschaftsbund der Angestellten angehören, obwohl die freigewerkschaftliche Organisation in ihren Bestrebungen und Leistungen gegenüber diesen Gegnern weit im Vorprung ist. Der Zentralverband der Angestellten zählt heute 210 000 Mitglieder in über 800 Ortsgruppen im ganzen Reiche, besitzt viele Unterstützungseinrichtungen und bietet eine erfolgreiche Arbeit, die den Grundsätzen der freigewerkschaftlichen Bewegung entsprechen. Er wird auch den Kampf gegen den Anschlag der Wirtschaftspartei mit aller Kraft führen und erwartet dazu die Unterstützung aller Arbeitnehmer.

Bekanntmachungen

Am 22. November ist der 47. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

2. November. Lübbede 1000.—
 3. Hohenheim 1000.—
 8. Döringen 200.—, Andernach 40.—, Torgau 53.40, Pirna 50.—, Nordhausen 1000.—
 10. Blo. h. 160.—, Al.-Kroßenburg 112.30, Trier 226.50, Mühlhausen 400.—, Dresden 3000.—, Züllichau 50.—, Braunsberg 150.—, Ulm 100.—
 11. München 92.90, Heidenheim 15.60, Hamburg 300.—, Frankfurt 50.—, Döhrlesleben 300.—, Lübeck 30.—, Gera 100.—, Kalau 13.—, Heideberg 1000.—, Elbing 1200.—
 12. Heilbronn 1200.—
 14. Gießen 300.—, Dingelstädt 200.—, Kaiserslautern 300.—, Franzenberg 1000.—
 17. Dresden 500.—
- Bremen, den 18. November 1930. J. Krohn.

Briefkasten

Des Bußtages wegen mußte der Versand des „Tabak-Arbeiter“ in dieser Woche einen Tag später als sonst erfolgen.

Die Berichte über Protestkundgebungen mußten Raum mangels wegen alle wesentlich gekürzt werden. Im übrigen bitten wir darum, uns zur Veröffentlichung im „Tabak-Arbeiter“ Eigenberichte und keine Zeitungsausschnitte zu senden.

Weißer Zähne: Chlorodont

An die Zahlstellenverwaltungen!

In der am 9. November d. J. stattgefundenen gemeinsamen Konferenz des Verbandsvorstandes, des Ausschusses, des Rates und der Gauleiter wurde beschlossen, den durch langanhaltende Arbeitslosigkeit besonders in Not geratenen Mitgliedern aus Mitteln der Lokalkasse eine

Weihnachtsunterstützung

zu gewähren.

Zur Durchführung dieser Unterstützungsaktion soll den Lokalkassen der Zahlstellen aus Mitteln des Verbandes ein Zuschuß gewährt werden, der in der Regel 1 Mark für jedes der Zahlstelle angehörende Mitglied betragen soll.

Zahlstellen, die über eine gut fundierte Lokalkasse verfügen und solche mit geringer Arbeitslosigkeit, sollen auf den ihnen zustehenden Zuschuß verzichten. Die dadurch gemachten Ersparnisse sollen unter jene Zahlstellen mit verteilt werden, deren Mitglieder unter langanhaltender Arbeitslosigkeit besonders leiden.

Anträge der Zahlstellen auf Gewährung des festgesetzten oder eines höheren Verbandszuschusses sind umgehend, spätestens bis zum 1. Dezember bei den Gauleitern einzureichen. Anträge auf einen erhöhten Verbandszuschuß bedürfen einer besonderen Begründung. Das Nichtstellen eines Antrages gilt als Verzicht auf den vom Verbandsvorstand zu leistenden Zuschuß.

Der Verbandsvorstand erwartet, daß alle Zahlstellen, die über gute Lokalkassen verfügen und jene, deren Mitglieder nicht besonders unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, wahre Solidarität üben und zugunsten der besonders schwer leidenden Zahlstellen auf den Verbandszuschuß zu der Weihnachtsunterstützung verzichten.

Der Verbandsvorstand:
J. A.: Ferd. Hujung

Anerkannt beste Deutscher für
billige böhmische Bettfedern



1 Pfd. graue, gute, geschlossene 80 s 1.— M.
1/2 Pfd. halbweiße 1.20 M.
1.40 M. weiße flaumige geschlossene 1.70, 2.—, 2.50, 3.— M. feinste geschliff. Halbplumms-Herrschafels-Bedern 4.—, 5.—, 6.—, 1 Pfd. Kupffedern ungeschliffen mit Plummen gemengt, halbweiß 1.75 M., weiß 2.40 M., 3.— M., allerfeinst Plummern 3.50 M., 4.50 M. Versand portofrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko. Umtausch gestattet, für Nichtpaß Geld retour. Wäfler und Preisliste gratis.

S. Bonisch in Prag XII,
Amerika ulice Nr. 902. Böhmen

Gummiwaren Hygien Artikel Preis. T 2 gratis „Medicus“
Berlin SW 68 Alte Jacobsstraße

Unserem Kollegen und Gauleiter

Ludwig Klein

zu seinem am 21. November 1930 stattgefundenen

60jährigen Geburtstags

die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Philippsburg

Der Kollegin
Marie Kömke
und dem Kollegen

Willi Dentzer

zu ihrem

25jährigen Verbandsjubiläum

die besten Glückwünsche.

Deutscher Tabakarb.-Verband
Zahlstelle Schwedt

Gibt ausgelesene

„**Tabak-Arbeiter**“

zu Agitationszwecken an

unorganisierte Kollegen

und Kolleginnen weiter!

Unserem alten Kämpfer

Eduard Kossmann

zu seinem am 19. November 1930

stattgefundenen **65. Geburtstag**

die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Hohenheim

Unserem Kollegen

Ludwig Bowe

und Frau

zu ihrer am 21. November stattgefundenen **goldenen Hochzeit**

die besten Glückwünsche.

Die Kolleginnen und Kollegen

der Zahlstelle Hildesheim

Billige böhmische Bettfedern!



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschlossene 3 M., halbweiße 4 M., weiße 5 M., bessere 6 M., 7 M., daunenweiche 8 M., 10 M., beste Sorte 12 M., 14 M., weiße, ungeschlossene 7.50 M., 9.50 M., beste Sorte 11 M. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachtel, Lobos Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Die Bedeutung der amerikanischen Wahlen

Dr. Wilhelm Grotzopp

Das Ergebnis der Wahl zum amerikanischen Kongreß, d. h. die Neuwahl aller Mitglieder des Hauses und eines Drittels der Mitglieder des Senats hat mit Recht die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gezogen. Die überragende Geltung der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik und Weltwirtschaft macht dies erklärlich. Wenn auch der Wahlerfolg der Demokraten nicht dazu gereicht hat, um dieser Partei die Mehrheit in beiden Parlamenten zu verschaffen, so muß es doch uneingeschränkt als ein Sieg derselben bezeichnet werden, wenn es ihnen nach 1928, als der Republikaner Hoover mit einer Mehrheit wie vor ihm kein zweiter zum Präsidenten gewählt wurde, jetzt geglückt ist, die Mehrheit der Republikaner im Parlament zu erschüttern.

Die Wahl ist zugleich eine große Niederlage Hoovers, weil sie die Unzufriedenheit weiter republikanischer Schichten mit der bisherigen Amtstätigkeit des Präsidenten Hoover zum Ausdruck bringt. Viele Republikaner sind ihrer Partei untreu geworden, weil sie das Gefühl haben, daß es so nicht weiter geht. Hoover hat nämlich als Politiker versagt. Er war früher als Ingenieur, als Organisator und auch als Wirtschaftsminister außerordentlich erfolgreich. Weite Kreise des amerikanischen Volkes sahen deswegen in ihm 1928 den großen kommenden Präsidenten, wählten ihn, weil sie glaubten, daß er, der von Wirtschaft so viel verstände, den Bedürfnissen der amerikanischen Wirtschaft weitgehend gerecht werden würde. Sie übersehen, daß auch für die Wirtschaft derjenige der beste Präsident ist, der der beste politische Führer ist. Hoover ist aber kein politischer Führer, ihm fehlt sogar die ausgesprochene politische Begabung. Hoover versteht nicht, das Volk zu führen, er versteht auch nicht, zwischen den verschiedenen Interessenten und Wünschen einen Ausgleich herbeizuführen, die politischen Führer zu bearbeiten, für seine Ideen zu gewinnen. Deswegen ist er nirgends, weder bei den politischen Führern, noch beim Volk je richtig beliebt gewesen. Hinzu kommt eine Wirtschaftskrise, wie sie dieses Land nur selten erlebt hat. Also folgten viele Wähler der Parole: weg mit Hoover! Aus dieser Stimmung heraus ist es zu verstehen, daß die Demokraten in vielen Staaten, wie z. B. in New York, eine Mehrheit erlangt haben wie nie zuvor, daß sie in anderen Staaten die seit Jahrzehnten bestehende republikanische Mehrheit gesprengt haben. Dieser Wahlsieg der

Demokraten erinnert also etwas an den Wahlsieg der Nationalsozialisten in Deutschland.

Wie wird sich dieser Einfluß der Demokraten auswirken? Was ist zu erwarten, wenn die Demokraten bei Nach- oder Neuwahlen die Mehrheit erlangen, wenn einige fortschrittliche Republikaner offen zu ihnen übertreten, wenn gar ihr Kandidat Roosevelt 1932 zum Präsidenten gewählt wird? Um eine solche Frage zu beantworten, ist man in Europa gewohnt, die Parteien und ihre Programme zu vergleichen. Ein Vergleich der amerikanischen Parteien untereinander und auch mit europäischen ist kaum möglich, weil die beiden Parteien, die in Amerika absolut vorherrschen, die republikanische und die demokratische, keine Parteien im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern nur Parteimaschinen sind. Es sind Parteimaschinen, für die es darauf ankommt, irgendwie und irgendwo die Mehrheit zu erringen, um den staatlichen Apparat zu erobern und mit den eigenen Leuten zu besetzen. Überall, an jedem Ort, in jedem Einzelstaat und im Gesamtstaat, existieren zwei Gruppen. Die eine herrscht, die andere wartet in der Opposition ab, bis die herrschende Gruppe so viele Fehler begangen hat, daß das Volk einmal die andere Maschine arbeiten läßt. Jetzt hat sich das Volk weitgehend für eine Ersetzung der republikanischen Maschine durch die demokratische ausgesprochen.

Im Programm beider Parteien bestehen jetzt sachlich kaum Unterschiede. Beide Parteien sind für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus, für Hochschutzzollpolitik usw. Doch aus Gegensätzen in früheren Jahrzehnten hat sich ein gewisser Gegensatz der Mentalität entwickelt, der am besten durch die von beiden Parteien akzeptierten Abzeichen zu charakterisieren ist. Die republikanische Partei ist die Partei des Elefanten, der behäbig, zielsicher und sorgenlos als der Größte der Großen einherstreitet. Die Republikaner gewinnen, wenn es allen gut geht. Die demokratische Partei ist die des dummen Esels, der überall das Nachsehen hat, gegen den großen Elefanten nicht ankann, aber doch aufpaßt, ob sich der Elefant nicht eine Blöße gibt und sich somit einige Siegesaussichten zeigen. Jetzt, wo es überall in Amerika schief geht, hat der Elefant einige Blößen gezeigt, hat der Esel das Rennen gemacht.

Um das Banner der demokratischen Partei sammeln sich die

Fräulein Mutter

Sozialer Roman von Lydia Ruedland

XIX.

(Nachdruck verboten.)

Als Kurt Wiene machte, sich zu erheben, frug ihn seine Mutter: „Mußt du denn wirklich fort, Kurt?! Wir sind ja lange nicht so gemütlich beisammen gewesen. Wozu hast du denn eigentlich deine Sekretärin?!“

Rudolf schlug sich auf sein Knie und sagte mit einem gewissen Interesse: „Was, eine Sekretärin hast du jetzt, du Schlemmer? Das laß ich mir gefallen. Ist sie hübsch, jung, feisch?!“

Die Erörterungen, die sich an den Umstand knüpften, waren Kurt peinlich und bald verließ er das Zimmer, sich mit viel Arbeit entschuldigend.

Rudolf blieb allein mit seiner Mutter und diese sagte ganz beiläufig: „Es ist ein angenehmes gebildetes Mädchen, die er zur Hilfe hat,“ und gab im nächsten Augenblick der Unterhaltung eine andere Richtung, indem sie ihn frug: „Wie hast du es nur solange draußen ausgehalten, Liebling? Hast du nie an mich gedacht, daß ich sterben könnte?!“

„Ich will dir sagen, Mamachen, gewiß hab ich manchmal daran gedacht. Aber ich trug eine Wunde und die mußte erst vernarben — und bevor der Heilungsprozeß nicht vorüber war, durfte ich nicht daran denken wiederzukommen.“

„Dacht ichs doch,“ sagte sie unruhig. „Du hattest also ein Duell.“

„Wie kommst du darauf, Mama?!“

„Du sprachst soeben von einer Wunde?“

„Nein, nein, das war nur bildlich gemeint. Frage nicht, Mamachen, bitte. Wenn Papa an deiner Stelle säße, so würde ich ihm vielleicht alles beichten — und er würde mich auch verstehen, aber so —“

„So spielt eine Frau in dieser Angelegenheit eine Rolle?“ frug sie mit schlecht verhehlter Neugier.

Bittend wehrte er ab: „Frag nicht Mama!“ Die Situation wurde ihm ungemütlich. Er erhob sich und äußerte: „Heute bleibe ich noch hier, aber morgen fahre ich hinüber nach Wehrstedt. Jetzt will ich mich einmal auf den Werken zeigen.“

Auf dem Wege dahin hielt er inne. Es war wohl richtiger, an Kurts Seite hinüberzugehen. Er ging deshalb nach seines Bruders Arbeitszimmer, um ihn zu bitten, die Führung zu übernehmen. Auf sein flüchtiges Klopfen rief eine weibliche Stimme: Herein.

„Aha,“ schmunzelte er — „sein Famulus.“

Wichtige Briefe hatten Kurt veranlaßt, die Korrespondenz persönlich an die leitenden Herren zu übergeben und so war Lore allein in dem Zimmer, in das Rudolf jetzt eintrat.

Nur wenige Schritte — sein Fuß war wie gebannt und vermochte nicht vor- noch rückwärts zu gehen. Kalter Schweiß perlte ihm auf der Stirn und schwer ging sein Atem.

Da vorn am Fenster — im Licht des Tages — stand sie, um die er die Heimat gemieden viele Jahre, — da stand sie mit gesenktem Kopf, schmer stützte sie sich an den Tisch und die Hand bedeckte ihre Augen. —

Statt sich in wilder Empörung gegen ihn aufzulehnen, stand sie vor ihm wie eine gescholtene Sünderin in weicher Lieblichkeit. —

„Lore!“ klang es durch die unheimliche Stille. —

wenig von Natur begünstigten und begüterten, die Unterdrückten und in Sorgen lebenden. So wählen fast überall die Arbeiter demokratisch, solange sie sich unterdrückt fühlen. Doch sobald sie ein ansehnliches Bankkonto haben, wählen sie republikanisch. So kann man weder die demokratische noch die republikanische Partei als ausgesprochene Partei der Arbeiter bezeichnen, zumal beide Parteien auch von anderen Schichten gewählt werden, die demokratische z. B. von den Großgrundbesitzern des Südens, die einst von den Wirtschaftskreisen des Nordens unterdrückt wurden.

So ist auch die Frage schwer zu beantworten, was dieser Wahlsieg der Demokraten für die amerikanische Arbeiterschaft bedeutet. Die eigentliche Arbeiterbewegung hat ja auch bei dieser Wahl keinen Kandidaten durchbringen können, es ist nur je ein Farmerarbeiterpartei in den Senat und ins Haus gewählt. Alle anderen Gewählten sind entweder Republikaner oder Demokraten. Der Wahlsieg der Demokraten im Staate Newyork ist nun ohne Zweifel als ein Wahlsieg der Newyorker Arbeiter aufzufassen, denn die Newyorker Arbeiter sehen nun einmal in der demokratischen Partei ihre Partei und die demokratische Partei im Staate Newyork muß sich weitgehend nach den Wünschen der Arbeiterschaft richten. Aber auch unter den wiedergewählten Republikanern befinden sich sehr viele Abgeordnete, die die Forderungen der Arbeiterschaft stets energisch vertreten haben, als Arbeiterführer anzusehen sind. Nennen möchten wir den Senator Norris aus Nebraska. Die amerikanischen Gewerkschaften haben ja aus dieser Sachlage die einzig mögliche Konsequenz gezogen, sie arbeiten eng mit beiden Parteien zusammen.

Doch da die Demokraten in stärkerem Maße als die Republikaner auf die Wünsche der Arbeiterschaft Rücksicht nehmen, ist selbstverständlich vom Standpunkt der Arbeiterschaft dieser Wahlsieg der Demokraten positiv zu werten. Die Demokraten werden jetzt manches den Arbeitern gegebene Versprechen einzulösen haben. Bei einem geschickten parlamentarischen Arbeiten wird es möglich sein, für diese Forderungen die Zustimmung der unabhängigen Republikaner zu gewinnen, doch werden andererseits einige Demokraten des Südens weitgehenden sozialpolitischen Vorschlägen ihre Zustimmung versagen. Es wird in diesem neuen amerikanischen Parlament sehr viel zugunsten der Arbeiterschaft zu erreichen sein, doch wird es sich jetzt zeigen müssen, ob diese Parteimaschinen in der Lage sind, die Kernforderungen der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften durchzusetzen. Wird es nicht der Fall sein, dann werden sicherlich weite Kreise der Arbeiter bei einer neuen Wahl, nach einer weiteren Periode der Depression sich von diesen Parteimaschinen abwenden und eine eigene Arbeiterpartei gründen. Aber das sind Zukunftsmöglichkeiten, die heute noch nicht als realisierbar erscheinen. Heute glauben vor allem noch die amerikanischen Ge-

merkchaften, daß sie mit Hilfe dieser Parteimaschinen auf gesetzlichem Wege das durchsetzen können, was sie erreichen wollen.

Mit einigen Worten wollen wir noch auf diese Wahl als den Sieg der Rassen eingehen. Es ist an vielen Stellen, ohne daß sich eine Parteimaschine in dieser Beziehung festgelegt hätte, der Wahlsieg unter der Parole: naß oder trocken, für oder gegen das Alkoholverbot geführt worden. Wo unter dieser Parole gekämpft wurde, haben meistens die Rassen gegiegt, doch sind insgesamt höchstens ein Fünftel der Abgeordneten zu den ausgesprochenen Rassen zu rechnen. Deswegen ist fürs erste, zumal große verfassungsrechtliche Schwierigkeiten zu überwinden wären, nicht mit einer Beseitigung des Alkoholverbotes zu rechnen. Eventuell wäre eine gewisse Milderung oder Vinderung der jetzigen Bestimmungen zu erwarten. Die Mehrheit der Bevölkerung, besonders im Westen und im Süden, begrüßt das Alkoholverbot. Die amerikanische Wahl dürfte aber gezeigt haben, daß die wirtschaftlichen Zustände mehr oder weniger die politischen Geschicke bestimmen. Denn ohne Krise wäre dieser Umschwung nicht eingetreten.

Unterstützt die Arbeiterwohlfahrt!

Die Arbeiterschaft will auf dem weitstehenden Gebiet der Wohlfahrtspflege mit ihren Kräften und Mitteln tätig sein. Lange Zeit war ihr dies verweigert. Der alte Staat kannte keine gleichberechtigten Staatsbürger, sondern nur Untertanen; die werktätige Bevölkerung war auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung ausschließlich Objekt. Dreiklassenwahlrecht, Grundbesitzervorrechte, Besitz- und Bildungsprivilegien hielten die Arbeiter fern von allen Regierungs- und Verwaltungsgeschäften, sie schufen eine ablehnende, ja feindliche Einstellung der Arbeiterschaft zum Staat und den staatlichen und kommunalen Einrichtungen. Nur in der äußersten Not nahm der sozialistische Arbeiter die Fürsorgeeinrichtungen des alten Staates in Anspruch; seine, wenn auch spärlichen staatsbürgerlichen Rechte standen ihm höher, als die Befriedigung materieller Notwendigkeiten. So hungerte er lieber, als daß er Armenunterstützung beantragte. Die sozialistischen Arbeiter wandten sich von diesem System, das sie rechtlos und zu Bürgern zweiter Klasse machte, ab und wandten sich, gestützt auf gewerkschaftliche Einrichtungen und gewerkschaftliche Macht, sozialpolitischen Aufgaben zu. Hier war ein Feld, der Bearbeitung und des Einflusses wert.

An diese geistige Einstellung knüpften die Gründer der Arbeiterwohlfahrt an. Nachdem die einengenden und infamierenden Gesetzesbestimmungen gefallen, die Pflege der Volkswohlfahrt als oberstes Gesetz für die staatlichen Handlungen anerkannt und der Weg zur Mitarbeit allen Willenden freigemacht

„Wie kommst du hierher, Lore,“ frag er abermals, und trat näher.

Abwechselnd streckte sie beide Hände aus und ihre Augen flehten beredt, als es ihre Worte vermochten: „O geh jetzt! Er muß gleich zurückkommen — bitte — geh!“

Unwillkürlich glitt das „Du“ über ihre Lippen, dann erschrak sie und gebot heftig: „Gehen Sie!“

Er erkannte an dem wechselnden Ton ihrer Stimme, wie es um sie stand und die Wahrnehmung beglückte ihn.

„Lore, darf ich dich sprechen, heute noch?! Sag' mir, wo ich dich treffen kann,“ sagte er.

„Geh, geh, er darf uns nicht so finden! Bitte geh!“ bat sie nochmals.

Einen Moment zögerte er, von draußen tönten Schritte, und in der Annahme, daß sein Bruder komme, verließ er das Zimmer. Als er sich getäuscht sah, trat er wieder ein und rief ihr zu in einem Tone, der keinen Widerspruch aufkommen ließ: „Lore, du mußt mir eine Unterrebung gewähren, bitte!“

„Mein Gott, ich kann ja nicht!“ unterbrach sie ihn angstvoll.

„Welches ist dein Zimmer? Oben die beiden Stiebelstuben?“ Er kannte ja jeden Winkel im Hause und andere Räume als die beiden kamen für sie nicht in Betracht.

In ihres Herzens Angst bejahte sie, rief aber im selben Augenblick fast überlaut: „Nein! Nein! Du darfst nicht!“

Er hörte nicht ihren Einwand, sondern ging hinaus.

Sie schlug die Hände vors Gesicht und meinte bitterlich. Erst allmählich gelang es ihr, der Erregung Herr zu werden. Zum Glück blieb Kurt außergewöhnlich lange auf den Werken.

Als er zurückkehrte, gewahrte er sofort die Veränderung in ihrem Wesen. Gleichwohl vermeinte sie, ruhig zu sein. Aber Kurt sah mit geschärften Sinnen der Liebe.

„Sind Sie nicht wohl, Fräulein Linden? Sie sehen so leidend

aus — oder haben Sie gar gemeint?“ frag er besorgt. Sie lächelte, aber er merkte wohl das Gezwungene in ihr. „Mir fehlt nichts, Herr Doktor, ein wenig Kopfschmerz ausgekommen.“

„Wollen Sie sich nicht lieber niederlegen.“

Ihre Antwort klang forciert heiter: „Bewahre, Herr Doktor. Das bisschen Kopfschmerz ist ja nicht der Rede wert. Nein, nein, das geht vorüber.“ — — —

Ruhig arbeiteten sie nebeneinander und eins ahnte die Stürme im Innern des anderen nicht.

Bangen Herzens sah Lore dem Augenblick entgegen, wo Rudolf sein Wort einlösen und sie aufsuchen würde.

Sie saß oben in ihrem Zimmer und froh trotz der Wärme, die in dem behaglichen Raume herrschte. Draußen tobte ein heftiger Sturm und rüttelte an den Läden und pfauchte in dem Schornstein, daß die Funken aus dem Ofen stoben.

Mit einem Male fuhr sie zusammen, leise Schritte ließen sich draußen vernehmen — ein Blick an die kleine altertümliche Wanduhr — drunten war man sicher mit dem Abendbrot fertig — das konnte er sein — schnell kam ihr der Gedanke, die Tür abzusperrern. Da saß es auch schon von draußen auf die Klinke und Rudolf trat ein.

Sie vermochte sich nicht vom Plaze zu rühren und ließ es geschehen, daß der schöne stolze Mann ihr zu Füßen sank und ihre zitternden Knie umfing.

„Lore, verzeih,“ flehte er und in seinen Augen schimmerte es feucht. In diesem Augenblick glaubte er an die Echtheit seiner Reue — — und Lore erst recht.

Sinngewohnt waren die Leiden und Demütigungen, die sie seitnweggen erduldet, die Schande, die Schmach — — alles schien getilgt, sie sah nur ihn, den sie einst geliebt — wie er litt und um Vergebung flehte — —

war, schien auch der Augenblick gekommen, die in der sozialistischen Arbeitererschaft schlummernden Kräfte für die Wohlfahrts-
pflege zu mobilisieren. Der Ruf fand freudigen Widerhall. Überall bildeten sich Ortsausschüsse, die ihre Krönung im
Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt fanden. Die Aufgabe
wurde groß gesehen und auf hohe Ziele abgestellt: „Nicht Wohl-
fahrtspflege für, sondern durch die Arbeitererschaft!“ Mit dieser
Formulierung begegnete die Arbeiterwohlfahrt von vornherein
der zu erwartenden Kritik Andersgerichteter, die in der neuen
Schöpfung nur eine für die sozialdemokratischen Arbeiter be-
stimmte Organisation sehen wollten.

Programmatisch fordert die Arbeiterwohlfahrt die Durch-
führung der Wohlfahrtspflege mit sozialistischem Geiste. So-
lidarisches Empfinden, gewerkschaftliches Denken und genossen-
schaftliches Handeln bilden die Grundlagen der wohlfahrts-
pflegerischen Tätigkeit der Arbeitererschaft. Im einzelnen will die
Arbeiterwohlfahrt die Interessen der Arbeiter bei der Besetzung
der ehrenamtlichen und beruflichen Stellen der öffentlichen
Wohlfahrtspflege wahrnehmen, sie will ehrenamtliche und be-
rufliche Kräfte mobilisieren, Schulen und zur Arbeit in der
Wohlfahrtspflege befähigen, sie will zu den auftauchenden Pro-
blemen Stellung nehmen, sie wissenschaftlich bearbeiten, sachlich
und sachlich vertiefen und in der Gesetzgebung wie in der prak-
tischen Arbeit die sozialistische Ideenwelt zur Geltung bringen.
Endlich will die Arbeiterwohlfahrt die Interessen der Arbeiter
gegenüber den bestehenden starken Organisationen der privaten
Fürsorge vertreten und dort praktische Fürsorge treiben, wo
Lücken in der öffentlichen Wohlfahrtspflege vorhanden sind.
Schon sind Kinderheime, Jugendheime, Erziehungs- und Er-
holungsstätten aus eigenen Kräften geschaffen worden, andere
fürsorgerische Einrichtungen sind im Werden, überall herrscht
Tatendrang und Schaffensfreude.

Die Arbeiterwohlfahrt hat ein auf weitgesteckte Ziele gerich-
tetes Programm aufgestellt, das restlose Hingabe und starkes
Wollen voraussetzt. Wir sind des Glaubens, daß dieses Wollen
in der werktätigen Bevölkerung vorhanden ist, und daß die
Arbeitererschaft bereit ist, die Arbeiterwohlfahrt mit Wort und
Tat zu fördern und zu unterstützen. Die Arbeiterwohlfahrt hat
gerade jetzt große Aufgaben zu erfüllen. Groß ist die Not, es
fehlt überall an Mitteln und Kräften, ihr zu begegnen. Junge,
begeisterungsfähige und befähigte Menschen müssen für die
Wohlfahrtsarbeit gewonnen und ausgebildet werden, die ge-
schaffenen Einrichtungen sind zu unterhalten, alles Aufgaben,
die bedeutende Mittel erfordern. Die Arbeiterwohlfahrt kann
sich nicht wie die anderen Organisationen auf die Gaben der
Reichen stützen, sie muß gleich den anderen Arbeiterorganisa-
tionen an die Opferwilligkeit der breiten Masse appellieren und
ihre Mittel auch in kleinsten Gaben sammeln, getreu dem
Grundsatz: Viele Wenig machen ein Viel!

Leise bebend legte sie ihm die Hand aufs Haupt, er fühlte die
Kühle derselben und vergrub sich, angestachelt durch diese Ver-
rührung, förmlich in seinen Schmerz, ihn künstlich nährend und
steigernd durch Erinnern an das, was zwischen ihr und ihm ge-
schehen.

Sie sah nur den, dem sie einst in heißer Liebe zugetan ge-
wesen und der ihr durch das Leid, ihr selbst unbewußt, noch
lieber geworden — das Weib in ihr, das liebende, verzehrende
gewann die Oberhand und sammelte feurige Kohlen auf das
Haupt des Mannes, der ihr weh getan.

„Steh auf, Rudolf,“ sagte sie weich.
„Ich habe ja selbst Schuld, Rudolf! Ich ganz allein! Ich
durfte mich nicht vergessen — und ich durfte nicht die Folgen
meines Falles beseitigen, mußte ich doch wissen, daß auf Selbst-
hilfe Zuchthaus steht!“

Bei diesen Worten taute es auf in seinem Innern und die
Eisrinde seines Egoismus schmolz um ein Beträchtliches.

„Habe Dank, du Gute,“ flüsterte er heiser vor innerer Er-
regung. Ihre Größe beschämte ihn. Das hatte er nicht erwartet,
das nicht.

„Ich hatte dich lieb, Lore, wahrhaftig,“ flüsterte er.

„Ich weiß, Rudolf. Und deine Liebe beglückte mich. Ich hatte
gestoren seit frühesten Jugend — da tratst du in meinen Ge-
sichtskreis und mit dir mein Frühling, meine Sonne — deshalb
hing ich mit ganzer Seele an dir,“ sagte sie traurig.

„Und was wird nun, Lore?“ frug er und sah mit scheuem
Blick zu ihr auf.

„Was nun wird, fragst du? Ich habe nur einen Gedanken,
Rudolf. Ich will die ganze unselige Vergangenheit auslöschen.“

Da verhärtete sich die kaum geschmolzene Eisrinde in ihm
wieder und frostig sagte er: „Lore — verlange nichts Un-
mögliches!“

Die Arbeiterwohlfahrt kommt aber auch ihrerseits zu ihren
Freunden und zu denen, die es werden wollen, nicht mit leeren
Händen. Sie kann sich nicht nur auf ihre errungenen Erfolge
stützen, sondern sie verbindet auch die Aufbringung der so nöti-
gen Mittel mit Gegenleistungen für die Geber. Durch eine staat-
lich genehmigte Lotterie sollen viele Geber, d. h. Erwerber der
Lose, glückliche Gewinner werden. An alle Freunde ergeht der
Ruf: Erwerbt Lose der Arbeiterwohlfahrtslotterie, stärkt die
Mittel und Kräfte der Arbeiterwohlfahrt, fördert ihre Entwick-
lung und Entfaltung.

Zum Schiedspruch in der Metallindustrie

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerk-
schaftsbundes erblickt in dem neuen Schiedspruch für die
Berliner Metallindustrie das Ergebnis der falschen und in ihren
praktischen Folgen verderblichen Auffassung, daß die Senkung
der Löhne einen Weg zur Ueberwindung der Wirtschaftskrisis
und zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit darstellt.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung haben die Gewerkschaften
stets die Meinung vertreten, daß eine durch Lohnkürzungen be-
wirkte Schmälerung der Kaufkraft breiter Schichten der Be-
völkerung den Absatz vermindern, die Krisis verschärfen, die
Arbeitslosigkeit vermehren muß. Diesen Standpunkt, der von
geachteten Kreisen des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft
geteilt wird, hält der Bundesvorstand aufrecht.

Wie der Bundesauschuß des ADGB, ausgehend von dieser
Erkenntnis, in seiner Sitzung vom 13. Oktober 1930 gegen die
Verbindlichkeitserklärung des ursprünglichen Schiedspruchs
Bewahrung eingelegt hat, so erhebt der Bundesvorstand ent-
schieden Protest gegen die Wiederherstellung dieses von den
Berliner Metallarbeitern bekämpften, von der gesamten Ge-
werkschaftsbewegung und von einem großen Teil der öffentlichen
Meinung abgelehnten Schiedspruches durch die Entscheidung
des Schiedsgerichts vom 8. November.

Gegen das Schiedsgericht richtet der Bundesvorstand den
Vorwurf, daß es die Interessen der Arbeitererschaft, die Forde-
rungen der Gewerkschaften und die Stimme der öffentlichen
Meinung unbeachtet gelassen und bei seiner Entscheidung ein-
seitig dem Einfluß der Unternehmerinteressen nachgegeben hat.

Der Bundesvorstand kann auch nicht anerkennen, daß die
den Berliner Metallarbeitern auferlegte erhebliche Lohnkürzung
eine Rechtfertigung in der von der Regierung geführten Aktion
zur Senkung der Preise findet. Er ist vielmehr der Ansicht, daß
die bisher erfolgten und in Aussicht gestellten Preissenkungen
als Ausgleich für die Lohnkürzung völlig belanglos sind. Zwischen
der Rücksichtslosigkeit, mit der die regierenden Kreise den Lohn-
abbau betreiben, und dem geringen Einfluß, den sie auf die
Gestaltung der Preise auszuüben vermögen, besteht ein Miß-

Ein leiser Zug von Bitterkeit irrte um ihren Mund, darauf
erwiderte sie: „Willst du mich nicht erst anhören, ehe du ab-
wehrtst?! Du sollst mir nur eine Bitte erfüllen.“

„Und welche?!“
„Es betrifft deine Mutter — du sollst sie zu meinen Gunsten
stimmen, falls — falls sie —“

Er sah sie groß an: „Meine Mutter? Was kann dir an ihrer
Gunst gelegen sein?“

„Sehr viel — Rudolf! Dein Bruder — er — hat eine Neigung
zu mir gefaßt.“

Rudolf verbarg seinen Schreck, nervös wirbelte er seinen
Schnurrbart: „Nimm es mir nicht übel Lore — aber das scheint
mir von deiner Seite denn doch eine sündhafte Geschmackver-
irrung.“

„Rudolf!“ rief sie streng —
„Ja, ja, Kind! Sage — liebst du ihn denn?!“

Verlegen sah sie zu Boden, unter seinen Blicken errötend.
Dann brachte sie stockend hervor: „Ich — verehere ihn wie einen
Heiligen“ —

„Hm, hm!“ meinte er in beinahe väterlichem Tone — „Ver-
ehren und lieben ist nämlich zweierlei — darüber bist du dir dich
hoffentlich klar! Und das Leben ist lang — und in der Ehe
schmilzt das bißchen Nimbus zusammen.“

„Oh, er ist der beste, herrlichste Mensch, den die Erde trägt —
gewiß, ich habe ihn lieb — gewiß“, beteuerte sie.

Doch sie täuschte ihn nicht. Er trat nahe an sie heran, daß sie
seinen heißen Atem über ihrem Haar spürte und dringlich klang
seine Stimme, als er frug: „Lore, hat du ihn wirklich lieb?! —
So lieb — wie — mich?!“

Dabei faßte er nach ihrer Hand.

„Quäle mich nicht! Warum fragst du mich“, sagte sie gepreßt.

verhältnis, das aufreizend wirken muß. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen, von der Arbeiterschaft schwere Opfer zu fordern in einem Augenblick, in dem wirtschaftlich leistungsfähigere Kreise die Scheu, zur Förderung des Gemeinwohls Opfer auf sich zu nehmen, unverhüllt erkennen lassen.

Der Schiedsspruch hat die nachteiligsten Folgen für die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden bei künftigen Arbeitskonflikten. Er erhöht das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen den unparteiischen Charakter des Schlichtungswesens, verschärft die Gegensätze in kommenden Arbeitskämpfen, steigert die Erbitterung, mit der sie geführt werden, und erschwert ihre Beilegung durch das Mittel der Schlichtung.

Den Arbeitern muß der Schiedsspruch vor allem zeigen, daß ihre Stärke auf ihrer Geschlossenheit beruht: Der Bundesvorstand erinnert die Arbeiter daran, daß es keinen anderen Weg gibt, ihre Rechte zur Geltung zu bringen, als einig zu sein, jede Zersplitterung abzuwehren und ihre ganze Kraft für die Festigung ihrer Organisationen einzusetzen.

Gemeinsames Werk

Schon in der Frühzeit hat das genossenschaftliche Band die Menschen zu großen, gemeinsamen Werken geeint. Was der einzelne nicht schaffen konnte, wurde mit vereinter Kraft vollbracht. Die Gemeinsamkeit in gleichen Rechten und Pflichten ist immer erstrebenswertes Ziel gewesen.

Wir sehen auch in den modernen Konsumgenossenschaften diesen bewährten Geist walten und Großes leisten. Die Verbraucher geben überzeugungstreu ihre Kaufkraft und schaffen bereits vielen zehntausenden Genossenschaftlern und Genossenschaftlerinnen einen Arbeitsplatz im Gemeinschaftsbetriebe der Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft. Für diese Werkstätigen ist bereits das erreicht, was viele Gemüter bewegt: die Beseitigung der zugunsten des kapitalistischen Profits betriebenen Ausbeutung. Die Genossenschaftsarbeiter und -angestellten stehen im Dienste der Gemeinschaft.

Was dies bedeutet? Die volle Hingabe ihrer Arbeitsleistung kommt ihnen selbst und der größeren Gemeinschaft zugute. Die Arbeitsleistung muß deshalb in jedem Fall und jederzeit Höchstleistung sein. Der genossenschaftliche Grundsatz — erfüllte Pflicht ist erst gleich Recht — darf nicht verkannt werden. Alle genossenschaftlichen Mitarbeiter müssen aber auch treu sein durch volle Bedarfsdeckung im eigenen Konsumverein. In den mittleren und großen Konsumgenossenschaften bildet der Umsatz der genossenschaftlich Tätigen schon einen erheblichen Teil am Gesamtumsatz. Ist dieser Teil des Umsatzes nicht noch steigerungsfähig? Diese Frage aufzuwerfen, ist auch Gebot der Stunde! Pflichterfüllung, Zuversicht und nicht zuletzt Treue zum eigenen Betriebe zählen zu den Verantwortlichkeiten der genossenschaftlichen Arbeiter und Angestellten.

Er umschlang die Weibende und sah ihr unerbittlich fest in die Augen: „Sage, Lore, liebst du ihn so, wie du mich liebst hast? — Antworte!“

Wie ein weidmündes Reh sah sie zu ihm auf und gewaltsam riß sie sich los: „Wenn du es denn wissen willst — nein! Aber nun laß mich!“

Gequält entrang es sich ihr. Nun war er sicher.

„Ich tue dir ja nichts, Lore! Oder fürchtest du dich — vor dir?“

„Nein — nein! Nicht vor mir!“ — Aber ihre Augen, ihre Haltung strafen sie Lügen. Das machte ihn noch sicherer.

„Lore — ich habe schwer an dir gefehlt, schwerer als du es dir eingestehen magst. Aber ich will gutzumachen suchen. Ich baue dir ein Nestchen, wo und wie du leben willst — behaglich mit allem Komfort. Du sollst leben wie eine Prinzessin.“

Kopfschüttelnd erwiderte sie: „Ich will nicht leben wie eine Prinzessin. Ich will arbeiten, ich brauche eine Tätigkeit, die habe ich bei deinem Bruder! Und noch mehr! Sanktion unseres Zusammenlebens!“

„Eine Tätigkeit kannst du dir schaffen, wenn du sonst Lust hast. Ein Muß liegt nicht vor. Und was die gerühmte Sanktion anbetrifft, so ist das der größte Frevel, den du je begehen würdest. Denn du betrügst zwei Menschen um ihr Lebens- und Liebesglück — dich und ihn. — Ueberlege dir, ob dir diese Doppelsünde nicht zu schwer wird.“

Langsam wandte sie sich zu ihm, sich gleichsam jedes Wort abringend: „So nimm sie von mir“ —

„Wie meinst du das, Lore?“

„Frage nicht! Du verstehst mich!“

„Ich kann nicht, Lore, ich kann nicht! Nein, es geht nicht! Der Meinung der Welt darf man nicht ins Gesicht schlagen, man ist und bleibt doch immer ihr Sklave.“

Das Arbeitsjahr

Oder: die Erziehung zum kapitalistischen Menschen

Man verfolgt ohne Zweifel mit dem Bestreben, das Arbeitsdienstjahr einzuführen, einen ganz bestimmten Zweck. Es handelt sich bei dem Plane des Arbeitsjahres um den Ausbau des kapitalistischen Erziehungssystems, wie wir es bereits im Dinta, in den Lehrwerkstätten, den Werkzeitlehrlingen, den Reden und Schriften dieser Ethiker des Kapitalismus, wie Jung und Horneffer, kennen.

Oberingenieur Dr. Arnold, der Gründer und Leiter des Dinta, sprach es ja in Bonn seiner Zeit deutlich aus. Welche Erziehung soll danach das Dinta bezwecken? Die „Erziehung“ des alten Heeres soll sie ersetzen. Wer kann daran zweifeln, daß man einen Ersatz dieser „Erziehung“ des alten Heeres in noch viel größerem Maße im Arbeitsdienstjahre erblickt?

Niemals können die Gewerkschaften darum diesen Plänen der Reaktion ihre Zustimmung geben. Wir bekämpfen das Arbeitsdienstjahr mit aller Entschiedenheit. Wir bauen unsere gewerkschaftliche Bewegung zum neuen Erziehungssysteme aus, indem wir gewerkschaftliche Bildung treiben und immer weitere Kreise hineinziehen in diese Bildungspflege. Hier bahnt sich die Bildung und Erziehung des neuen Menschen an, der seinen Pflichten gegenüber dieser Zeit gewachsen ist.

Allerdings wird unsere Bildung und Erziehung niemals Ersatz für das alte Heer sein. Mit solch sklavischen Söhnchen werden keine neuen Menschen geschaffen, wie sie diese Wende der Zeit nötig hat.

Und so treten Gewerkschaftsbewegung und Kapitalismus immer deutlicher in die Erscheinung als zwei grundverschiedene Wirtschaftsauffassungen vom Menschen. Soll der Mensch im Kapitalismus Lohnarbeiter der Unternehmerherren oder soll er durch die Demokratisierung der Wirtschaft Gleicher unter Gleichen sein?

Dr. Gustav Hoffmann

Zehn Millionen

leiden unter der Arbeitslosigkeit

Am 31. Oktober waren bei den deutschen Arbeitsämtern 3 253 000 Arbeitslose als beschäftigungslos eingetragen. Im Monat Oktober hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 250 000 erhöht. 3¼ Millionen Arbeitslose machen mit ihren Familien rund 10 Millionen Menschen aus. Dazu treten noch 1,8 Millionen Kurzarbeiter und sonstige, die durch die ungeheure Wirtschaftskrise geschädigt werden. In diesen Ziffern drückt sich die Sintflut der Verzweiflung aus, deren Steigen noch keineswegs beendet ist. Mit dieser ungeheuren Belastung tritt das arbeitende Volk Deutschlands in den Winter ein.

„Und dein Bruder?! Stammt er nicht aus gleichem Geblüt?“

„Er ist aus anderem Holze geschnitten — na und — sag mal selbst, was blieben ihm wohl für Möglichkeiten — wer will den armseligen Körper in Kauf nehmen?“

„Daß du ihm von vornherein alles Glück absprichst, kennzeichnet deine Eigenliebe.“

„Aber es wäre von seiner Seite noch krassere Eigenliebe, wenn er dich an sich ketten würde — das gebe ich nicht zu, hörst du?!“

„Und wenn ich mich ihm trotzdem zu eigen gebe“, sagte sie und sah starr gerade aus.

„Das dulde ich nicht! Ich habe ältere Rechte an dich.“

Ruhig sah sie ihm ins Gesicht, mit keiner Wimper zuckend sagte sie: „Und wie lange?! Bis du mich abermals verrätst? Laß die Dinge, wie sie liegen — die Achtung ist es bekanntlich, auf deren Basis gesunde Verhältnisse gedeihen — und dein Bruder besitzt meine Achtung in hohem Maße — die Liebe — stellt sich mit der Zeit wohl ein.“

„Mit der Zeit — ja — wenn man alt und grau wird, dann genügt die Achtung — vollständig genügt sie dann. Aber in deinen Jahren, da braucht man Liebe — da will man in milber Sehnsucht durchs Leben rasen und kosten und genießen — ich kenne dich, Lore — ich kenne dich besser.“

Seine Rede tat ihr weh. Aber sie fühlte, wie recht er hatte und darum schwieg sie.

„Ueberlege es dir, Kind! Die Liebe — nur die Liebe ist Leben!“ — Und leise legte er den Arm um sie, zart wie ein Hauch küßte er sie auf den Mund. Obgleich ihn nach ihr hungerte. Aber er fürchtete, ihre zweifelnde, dämmernde Seele zu erschrecken —

Langsam stand sie und sah nach der Tür, die sich leise hinter ihm geschlossen.

(Fortsetzung folgt)